

# KOALITIONSIMPULS

Inputpapier für die neue  
Bundesregierung

Die Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2025 bieten die Chance, den ganzheitlichen Ansatz zur Prävention von Islamismus weiter zu stärken und unsere Gesellschaft durch das Fördern gemeinsamer und demokratischer Werte widerstandsfähig zu machen. Zivilgesellschaftliche Akteure spielen dabei eine zentrale Rolle in der Prävention von religiös begründetem Extremismus – insbesondere, aber nicht ausschließlich –, indem sie frühzeitig Risiken erkennen, die Resilienz von Gemeinschaften stärken und innovative Ansätze zur Deradikalisierung fördern.

Dieses Papier liefert Impulse für die zukünftige Bundesregierung, um eine effektive und langfristige Strategie zur Extremismusprävention zu entwickeln. Es adressiert zentrale Herausforderungen und formuliert Handlungsempfehlungen für unterschiedliche Ressorts für die neue Legislaturperiode, wobei diese nicht als nur für das jeweilige Ressorts relevant betrachtet werden sollten. Wir fordern eine stärkere institutionelle Verankerung, eine verlässliche Finanzierung und eine auf Respekt und Vertrauen basierende Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft, um gemeinsam eine offene und demokratische Gesellschaft zu stärken.

## Herausforderung 1:

### Akteursübergreifende Zusammenarbeit

*Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Wissenschaft in der Prävention islamistischen Extremismus ist essenziell, aber mit erheblichen Herausforderungen verbunden. Unterschiedliche Arbeitslogiken, Vertrauensdefizite und unklare Zuständigkeiten erschweren den Austausch und die Koordination. Zudem fehlt es oft an langfristiger Finanzierung und strukturellen Rahmenbedingungen, die eine nachhaltige Kooperation ermöglichen. Besonders heikel ist der Umgang mit sensiblen Informationen, da Transparenz, Datenschutz und der Schutz von Klient\*innen mit Sicherheitsinteressen in Einklang gebracht werden müssen.*

#### Handlungsempfehlungen für das Ressort **Innen**

+ Es sollten mehr institutionalisierte Austauschformate geschaffen werden, die unterschiedliche Akteursgruppen – wie Fachpraxis, (Sicherheits-)Behörden, Politik und Wissenschaft – regelmäßig zusammenbringen. Ziel ist es, das gegenseitige Verständnis für Herausforderungen, Arbeitsrealitäten und Perspektiven im Themenfeld zu stärken. Dabei reicht es nicht aus, nur ein einziges Format zu etablieren. Vielmehr braucht es mehrere, an verschiedenen Stellen verankerte Gremien mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Diese sollten sich zwar in ihren Zielsetzungen unterscheiden, aber dennoch eine übergreifende Vernetzung zwischen sicherheitsbehördlichen, behördlichen, politischen, zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteur\*innen ermöglichen und die Zusammenarbeit fördern.

+ Neu geschaffene und bereits bestehende Gremien und Arbeitsgruppen (auch in ihrer personellen Besetzung), dürfen nicht zum „Spielball“ von Förderregularen, politischen Verschiebungen, Legislaturperioden und anderen Faktoren werden. Arbeitsprozesse sollten in einem Klima der Nachhaltigkeit stattfinden können, unter der Prämisse, parteiübergreifend das gemeinsame Ziel im Auge zu behalten, demokratische Gesellschaften zu stärken, widerstandsfähiger und sicherer zu machen und auf Wissen aufbauen zu können.

#### Handlungsempfehlungen für das Ressort **Forschung**

+ Förderlinien sollten einen Fokus auf die Untersuchung und Erprobung von methodische Umsetzungen von Austauschformaten und Vernetzungskontexten

setzen. Faktoren wie die Eignung bestimmter Formate für unterschiedliche Akteursgruppen, die Einflussfaktoren auf ihre Wirksamkeit, die Auswirkungen von Arbeitsrealitäten auf die Teilnahme an Vernetzungen sowie weitere relevante Aspekte sollten im Rahmen von Projekten systematisch untersucht werden können.

+ Es sollte zudem im Ressort Forschung ein Schwerpunkt verankert werden, der untersucht, wie Islamismusprävention als ressortübergreifendes Querschnittsthema so verankert werden kann, dass sie nicht zum „Spielball“ unterschiedlicher Zuständigkeiten wird. Stattdessen müssen Projekte in der Lage sein, Herausforderungen, Trends und Entwicklungen unabhängig von Ressortgrenzen zu analysieren. Da islamistischer Extremismus nicht an nationalen Grenzen haltmacht, sowohl innen- als außenpolitische Ressorts betrifft und zugleich bildungspolitische wie sicherheitsrelevante Aspekte berührt, braucht es eine koordinierte, flexible und ganzheitliche Herangehensweise. Dabei gilt es, zu erforschen, wie sich dies in Deutschland entlang der Ministerien und ihrer Zuständigkeiten wirksam umsetzen lässt.

## Herausforderung 2:

### Politische Bildung und Demokratieförderung

*Politische Bildung und Demokratieförderung spielen eine entscheidende Rolle in der Prävention von islamistischem Extremismus. Sie vermitteln demokratische Werte, fördern kritisches Denken und stärken die Widerstandsfähigkeit gegenüber den extremistischen Ideologien. Gerade in einem Umfeld, in dem gesellschaftliche Spaltungen, Diskriminierungserfahrungen und Desinformation Radikalisierungsprozesse begünstigen können, ist es wichtig, jungen Menschen Perspektiven aufzuzeigen, Teilhabe zu ermöglichen und ein inklusives Demokratieverständnis zu fördern.*

### Handlungsempfehlungen für das Ressort **Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

+ Diskriminierungssensible Angebote der politischen Bildung zum Nahostkonflikt und zu Antisemitismus müssen sowohl in schulischen als auch außerschulischen Kontexten gefördert werden. Dabei ist es zentral, auf der einen Seite Antisemitismus in muslimischen Communitys nicht zu negieren, gleichzeitig aber auch Multiperspektivität in der postmigrantischen Gesellschaft anzuerkennen. Denn sonst besteht die Gefahr, Opferkonkurrenzen zu befeuern und die Instrumentalisierung dieser durch islamistische Akteur\*innen zu unterstützen. Es

ist gleichermaßen zentral, Antisemitismus und Antimuslimischen Rassismus nicht gegeneinander auszuspielen, sondern beides als zentralen Bestandteil in unterschiedlichen Wirkzusammenhängen mit islamistischem Extremismus anzuerkennen und zu behandeln.

### **Handlungsempfehlungen für das Ressort Innen**

+ Zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit nimmt im Rahmen der Innenpolitik u. a. die Aufgabe ein, die Gesellschaft durch das Fördern von demokratischen und gemeinsamen Werten stabiler und widerstandsfähiger zu machen. Auch die nächste Bundesregierung sollte politische Bildung und Demokratieförderung verstärkt fördern, um einer (weiteren) Polarisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken und die scheinbar inhärente „Verhinderungslogik“ von Prävention nicht als alleinig richtungsweisend für die Ausgestaltung einer Infrastruktur zur Extremismusprävention werden zu lassen.

### **Herausforderung 3:**

#### **Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit**

*Die Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit arbeitet mit Personen, die sich bereits in einem Radikalisierungsprozess befinden und umfasst Maßnahmen und Projekte, die sich auf der einen Seite mit sowohl der „habituellen“ als auch der „kognitiven“ Distanzierung von islamistischem Extremismus befassen. Langfristiges Ziel ist die Wiedereingliederung in die demokratische Gesellschaft bzw. die Abkehr von der extremistischen Szene. Zentral für die Arbeit sind die Standards der politischen Bildung, der Sozialen Arbeit und Dimensionen wie psychische, pädagogische und soziologische Komponenten, als auch juristische und ökonomische Aspekte.*

### **Handlungsempfehlungen für das Ressort Innen**

+ In der Ausstiegsarbeit sollten zivilgesellschaftliche Akteur\*innen als langfristige, vertrauensvolle Begleitung für eine nachhaltige Distanzierung von extremistischen Strukturen gestärkt werden. Ein zentraler Bestandteil ist die Umfeldarbeit mit Angehörigen, die weit über sicherheitspolitische Maßnahmen hinausgeht und soziale sowie berufliche Perspektiven eröffnet. Die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Strukturen von staatlichen Institutionen fördert dabei Vertrauen und Offenheit bei den Betroffenen und erleichtert entsprechend den Zugang zu den Zielgruppen.

+ Für eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft braucht es klare Rollenverständnisse, Regelungen und eine präzise Aufgabenteilung. Zivilgesellschaftliche Akteur\*innen dürfen nicht mit sicherheitsbehördlichen Erwartungen überfrachtet werden, sondern müssen ihre Arbeit unabhängig und zielgruppengerecht gestalten können. Ein effektiver Austausch von Wissen und Erfahrungen kann sowohl die Prävention als auch die Ausstiegsarbeit langfristig verbessern.

+ Prävention ergänzt die Arbeit der Sicherheitsbehörden, da Radikalisierung nicht nur eine sicherheitspolitische, sondern auch eine soziale und bildungspolitische Herausforderung darstellt. Zivilgesellschaftliche Akteur\*innen spielen dabei eine zentrale Rolle, da sie gezielt auf Radikalisierungsfaktoren wie Ausgrenzung, Identitätsfragen und ideologische Einflüsse eingehen, die gesellschaftliche Resilienz stärken und Zugänge erhalten, die den Sicherheitsbehörden verwehrt bleiben.

## **Handlungsempfehlungen für das Ressort **Forschung****

+ Grundlagenforschung und Langzeitstudien zu Islamismus, Prävention und der Wirksamkeit von Distanzierungs- und Präventionsmaßnahmen müssen weiterhin gefördert werden. Da es sich um ein vergleichsweise junges und dynamisches Phänomen handelt, ist eine kontinuierliche wissenschaftliche Auseinandersetzung essenziell. Dabei sollten auch globale und strukturelle Einflussfaktoren verstärkt in den Blick genommen werden, um ein umfassenderes Verständnis der Entwicklungen und Herausforderungen im Themenfeld zu ermöglichen.

## **Herausforderung 4:**

### **Radikalisierung im digitalen Raum**

*Das Internet spielt nicht nur eine zentrale Rolle in der Lebenswelt von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sondern auch in der Radikalisierung. Soziale Netzwerke, Messenger-Dienste, Videoplattformen und Gamingplattformen bieten extremistischen Akteur\*innen die Möglichkeit, gezielt Propaganda zu verbreiten, Anhänger\*innen zu rekrutieren und abgeschottete digitale Räume zu schaffen, in denen Radikalisierung unbemerkt voranschreiten kann. Algorithmen, die polarisierende Inhalte verstärken, sowie die Anonymität des Internets erschweren die Prävention und Intervention.*

## **Handlungsempfehlungen für das Ressort **Forschung****

+ Um wirksame Gegenstrategien für extremistische Ansprachen im digitalen

Raum zu entwickeln, müssen ihre Dynamiken und Einflussfaktoren weiter erforscht werden. Genauso wichtig ist allerdings, dass die Forschungsergebnisse praxisnah aufbereitet werden, damit Präventionsmaßnahmen flexibel auf aktuelle Entwicklungen reagieren können.

+ Es ist weiterhin zentral, durch umfassendes Monitoring verschiedene Plattformen, Akteure und Kernthemen im Bereich Extremismus gezielt zu erfassen. Dadurch können Schwerpunkte gesetzt werden, ein tiefgehendes Verständnis von extremistischen Strategien und Narrativen im digitalen Raum gestärkt und dadurch extremistischer Ansprache im digitalen Raum effektiver entgegengewirkt werden. Im Bereich Forschung sollten hierfür die empirischen Grundbausteine verankert werden, ohne dabei den Bezug zur Fachpraxis bzw. die praktische Anwendbarkeit aus den Augen zu verlieren.

## **Handlungsempfehlungen für das Ressort Innen**

+ Genau wie auch in der analogen Präventionsarbeit, müssen im Onlinebereich unterschiedliche Ansätze und Herangehensweisen umgesetzt und gestärkt werden. Nur so kann auf die unterschiedlichen Funktionsweisen und Logiken der Plattformen sowie auf die verschiedenen Settings und Motive eingegangen werden, die in Radikalisierungsprozessen eine Rolle spielen können.

+ Medienkompetenz spielt eine zentrale Rolle in der Prävention islamistischer Radikalisierung, insbesondere im digitalen Raum, wo extremistische Ideologien gezielt verbreitet werden. Obwohl bereits Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz bestehen – unter anderem durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) im Rahmen des Bundesministeriums des Innern (BMI) oder im Rahmen von Jugendschutz.net – ist ein umfassender Ausbau dringend erforderlich. Es bedarf verstärkter und langfristig angelegter Programme, die gezielt verschiedene Zielgruppen ansprechen, darunter Jugendliche, pädagogische Fachkräfte und Multiplikator\*innen. Dabei sollten kritische Reflexion über Desinformation, Radikalisierungsstrategien im Netz und der Umgang mit digitalen Medien stärker in den Fokus rücken. Zudem sollten interdisziplinäre Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlicher Prävention, Medienbildung und Sicherheitsbehörden intensiviert werden, um präventive Maßnahmen wirksamer zu gestalten und Extremismus bereits in frühen Stadien entgegenzuwirken.

+ Es ist wichtig, verschiedenen Präventionsangebote im digitalen Raum sichtbar zu platzieren und, nach Möglichkeit, Plattformbetreiber\*innen gesetzlich dazu zu verpflichten, Präventionsinhalte bei der Suche nach „problematischen“ Themen und Begriffen prominenter anzuzeigen.

+ Zudem sind transparente und effektive Meldeprozesse notwendig, um schneller auf Bedrohungen reagieren zu können und die konsequente Umsetzung bestehender Regulierungen sicherzustellen und um den Opferschutz zu erhöhen.

## **Handlungsempfehlungen für das Ressort **Justiz****

+ Es müssen bundesweit koordinierte Ermittlungsstellen bei Staatsanwaltschaften mit verpflichtender Meldepflicht für Plattformen und klaren Strukturen zur Bearbeitung extremistischer Inhalte und Propaganda eingesetzt werden.

+ Es müssen mehr Angebote zur Sensibilisierung und Fortbildung zur Erkennung von islamistischen Inhalten und digitaler Gewalt geschaffen werden und Fachstellen sowie Ansprechpersonen in justiziellen Einrichtungen etabliert werden.

+ Maßnahmen zur Identifikation und Löschung islamistischer Propaganda in sozialen Medien müssen stärker durchgesetzt und Plattformen stärker in die Pflicht genommen werden, extremistische Netzwerke zu unterbinden. In Bezug auf erfolgte Vereinsverbote ist eine konsequente Löschung von Inhalten, die in Verbindung mit den jeweils verbotenen Vereinen stehen, effektiver umzusetzen.

## **Handlungsempfehlungen für das Ressort **Familie, Senioren, Frauen und Jugend****

+ Die Arbeit mit radikalisierten Personen im digitalen Raum stellt die Praxis vor große Herausforderungen. Im Offline-Bereich hat sich gezeigt, dass die Einbindung von Angehörigen und des sozialen Umfelds ein wirksamer Ansatz ist. Diese bewährten Methoden sollten gezielt auf den Online-Bereich ausgeweitet und gestärkt werden, etwa durch spezielle Online-Beratungsangebote für Angehörige und nahestehende Personen. Zudem ist es wichtig, bereits bestehende erfolgreiche Präventions- und Interventionsangebote sichtbarer zu machen und die zivilgesellschaftliche Expertise im Umgang mit Extremismus noch stärker in den digitalen Raum zu übertragen und dort gezielt zu verankern.

+ Um demokratisches Engagement im digitalen Raum zu stärken und extremistischen Akteur\*innen etwas entgegenzusetzen, müssen unterschiedliche demokratische Akteur\*innen aktiv werden. Dementsprechend müssen Angebote der politischen Bildung, Demokratieförderung und der primären Prävention ausgebaut werden. Konkret geht es um ein Angebot an faktenbasierten Informationen als Alternative zu extremistischen Narrativen und darum, Jugendliche und Fachkräfte weiterzubilden, um sie im Umgang mit und Verhalten in den sozialen Medien zu schulen.

Zudem ist es entscheidend, authentische Vorbilder einzubeziehen, die demokratische Werte glaubwürdig vermitteln und zur Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven anregen. Dies fördert die Ambiguitätstoleranz, also die Fähigkeit, mit Unsicherheiten, Widersprüchen und vielfältigen Meinungen konstruktiv umzugehen – eine wesentliche Kompetenz zur Stärkung demokratischer Resilienz und zur Prävention extremistischer Denkmuster.

+ Für Einzelpersonen kann gesellschaftliches oder demokratisches Engagement in den sozialen Medien besonders herausfordernd sein, da sie häufiger als Behörden oder Organisationen Ziel von Hate Speech werden. Infolgedessen ziehen sich viele aus den digitalen Diskursen zurück bzw. beteiligen sich weniger an Diskussionen. Um demokratisches Engagement im digitalen Raum zu stärken und so extremistischen Akteur\*innen den Raum zu nehmen, ist es essentiell, Hate Speech aktiv zu bekämpfen. Dies erfordert gezielte Maßnahmen wie Schutzmechanismen für Betroffene, konsequente Moderation, Aufklärung über digitale Zivilcourage und die Förderung einer konstruktiven Debattenkultur.

## Herausforderung 5:

### Zivilgesellschaft in deutscher Außenpolitik

*Eines der zentralen Anliegen deutscher Außenpolitik ist die Stärkung von Zivilgesellschaft. Gleichzeitig aber wird der Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Organisationen in vielen Ländern zunehmend eingeschränkt, indem autoritäre Regime nichtstaatliche bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen kriminalisieren, deren Finanzierung erschweren oder ihre Arbeit durch restriktive Gesetze verhindern. Dabei sind aktive, pluralistische Zivilgesellschaften eine zentrale Voraussetzung für wertebasierte und demokratische Gesellschaften.*

+ Um Zivilgesellschaft effektiv stärken zu können, muss diese im Rahmen deutscher Außenpolitik darin befähigt werden, sich zu organisieren und zu professionalisieren. Deutschland hat durch Förderprogramme wie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ seit 2015 Zivilgesellschaft im Inland gefördert und in ihrer Organisation und Professionalisierung unterstützt. Diese Förderungen bauen auf einer längeren Tradition auf, die bereits in den 1980er und 1990er Jahren mit Projekten zur politischen Bildung und sozialen Arbeit institutionell verankert wurde. Die so gewonnene Expertise, die sich vor allem in der Gründung von Dachorganisationen und Bundesarbeitsgemeinschaften wie der BAG ReEx und anderen zivilgesellschaftlich organisierten Netzwerken abbildet,

sollte als Impulsgeber und Erfahrungswert in der deutschen Außenpolitik mitgedacht und eingebunden werden, um Zivilgesellschaft im Partnerland gezielt zu stärken. Ihre Erfahrung kann dabei helfen, lokale Akteur\*innen effektiver zu unterstützen und nachhaltige Strukturen aufzubauen.

+ Neben einer aktiven und starken Zivilgesellschaft muss ein zentrales Kernelement deutscher Außenpolitik auch die politische Bildung der Gesellschaft sein bzw. die Befähigung dazu. Daher sollten bewährte Organisationsformen, Methoden und Umsetzungsstrategien der politischen Bildung aus Deutschland in außenpolitische Missionen übertragen und in neue Projekte integriert werden. Auch in dieser Hinsicht können die in Deutschland seit mehreren Jahren geschaffenen Strukturen und Erfahrungswerte in die Außenpolitik mit einbezogen werden, um auswärtiges Engagement zu stützen und zu untermauern und die Bandbreite der Akteur\*innen, die im Partnerland eine Rolle spielen, zu erweitern. Dies ermöglicht eine langfristige Stärkung demokratischer Strukturen im Partnerland und fördert die Vernetzung auch von nicht-staatlichen Akteur\*innen.

**Ein gemeinsamer Impuls von:**



**Jamuna Oehlmann**

Geschäftsführerin der BAG ReEx



**Miriam Katharina Heß**

Referentin Internationale Zusammenarbeit  
und Terrorismusforschung



**Ulrike Hoole**

Referentin für Radikalisierungsprävention



**Charlotte Leikert**

Referentin und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



**Ivo Lisitzki**

Referent für Politik und Europäische Vernetzung

## Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e. V.

Oranienstraße 58, 10969 Berlin  
Tel.: 030 92126289  
E-Mail: [info@bag-relex.de](mailto:info@bag-relex.de)  
[www.bag-relex.de](http://www.bag-relex.de)  
[@bag\\_relex](https://www.instagram.com/bag_relex)

**Herausgeberin:** BAG RelEx e. V.

**Verantwortlich für den Inhalt:** Jamuna Oehlmann,  
Miriam Katharina Heß

**Layout:** Miriam Katharina Heß, Charlotte Leikert

**Fotos:** Jamuna Oehlmann: ©Michel Buchmann für  
BAG RelEx, Ivo Lisitzki und Miriam Katharina Heß:  
©Cengiz Karahan für BAG RelEx, Ulrike Hoole und  
Charlotte Leikert: ©Meike Kenn für BAG RelEx

BAG RelEx steht für Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e. V. Wir sind ein gemeinnütziger Verein, der im November 2016 mit dem Gedanken gegründet wurde, eine Plattform für Vernetzung, fachlichen Austausch, inhaltliche Weiterentwicklung und Interessenvertretung der zivilgesellschaftlichen Träger im Arbeitsfeld der Demokratieförderung und Prävention von religiös begründetem Extremismus zu schaffen. Diese Aspekte sind nach wie vor Ziele und Grundlagen unsere Arbeit. Unser inhaltlicher Schwerpunkt liegt aktuell in der Prävention von islamistischem Extremismus.

Als Dachorganisation von rund 40 Mitgliedsorganisationen in ganz Deutschland stehen wir für eine Vielfalt an Ansätzen Methoden und spiegeln die langjährigen Erfahrungen im Arbeitsbereich wider.

Wir verstehen uns als Plattform für zivilgesellschaftliche Akteure sowie als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft, Politik, Medien und Öffentlichkeit.